N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Kindergartenbeirates
am Mittwoch, den 09.05.2018, um 15:00 Uhr
im Hermann-Rothert-Saal, Ebene 7, des Rathauses der Samtgemeinde Bersenbrück,
Lindenstraße 2, 49593 Bersenbrück
(KBR/004/2018)

Anwesend:

Mitglieder

Bokel, Mathias
Frerker, Dirk
Hettwer, Andreas
Kock, Richard
Koop, Johannes
Lemper, Matthias
Stolte, Ansgar, Pfarrer

von der Verwaltung

Klövekorn, Heinz

Protokollführer/in

Röben-Guhr, Dagmar

Rudi, Dimitri

Schwester M. Lazara

Walter, Katharina

Nicht öffentlicher Teil

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Fachdienstleiter Heinz Klövekorn eröffnet um 15.00 Uhr die Sitzung des Kindergartenbeirates und begrüßt alle Anwesenden. Er teilt mit, dass Herr Dr. Baier Urlaub habe und der Erste Samtgemeinderat Herr Güttler aufgrund eines anderen Termins nicht teilnehmen könne.

Er ergänzt die Tagesordnung unter Punkt 9, unter dem zur allgemeinen Situation der Kindertageseinrichtungen in der Samtgemeinde informiert werden solle.

2. Genehmigung der Niederschrift vom 16.02.2017

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3. Beratung über die Haushaltsabschlüsse 2016 Vorlage: 1381/2018

Herr Klövekorn berichtet, dass nach dem Vertrag zum Betrieb und zur Finanzierung der Kindertagesstätten mit den Katholischen Kirchengemeinden in der Samtgemeinde geregelt sei, dass das am Ende des Haushaltsjahres verbleibende Defizit von der Samtgemeinde in voller Höhe getragen werde.

Gemäß § 5 des abgeschlossenen Defizitvertrages bedürfen die Haushaltspläne der jeweiligen Einrichtungen der Zustimmung der Samtgemeinde Bersenbrück und der Beschlussfassung durch die jeweiligen Kirchenvorstände. Dieser Vertrag sei 2016 neu gefasst worden. Er habe sich bewährt.

Zum Ende des jeweiligen Kalenderjahres werde mit den Rendanten, Trägervertretern (Pastor, Kirchenvorstand) und der Leitung die Haushaltsgespräche geführt. Unterjährige Veränderungen und Besonderheiten im Laufe des Haushaltsjahres werden mitgeteilt und geklärt.

Bei der Einhaltung der Haushaltspläne sei eine gute Ausgabendisziplin der Träger festzustellen. Die Abweichungen von der Haushaltsplanung seien relativ gering. Dies sei mit den Zahlungen der Landesfinanzhilfe und der erhöhten Finanzhilfe sowie den Beiträgen der Eltern, die aus wirtschaftlichen Jugendhilfemitteln übernommen werden, zu begründen.

Herr Klövekorn spricht den anwesenden Trägervertretern seinen Dank für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit aus.

Eine Aufstellung über die Jahresrechnungen 2016, aus der die von der Samtgemeinde Bersenbrück geleisteten Defizitzahlungen und die Daten der Fehlbeträge und Überträge ersichtlich sind, sind aus der der Einladung beigefügten Anlage ersichtlich.

Herr Klövekorn erläutert die Übersicht. Danach habe die Samtgemeinde Bersenbrück ca. 2,9 Mio. € im Haushaltsjahr 2016 an die katholischen Einrichtungen geleistet. Es liege ein Vortrag von ca. 125.000 € vor, was eine Abweichung von 4,35% ergebe.

Während den Kindertagesstätten in Trägerschaft der jeweiligen Kirchengemeinde noch Leistungen des Bistums zufließen, werde sowohl für die fünf kommunalen Kindertagesstätten als auch für das integrative Kinderzentrum in Bersenbrück keine Drittmittel gezahlt.

Die Einnahmen und Ausgaben der Kommunalen Einrichtungen seien in der Aufstellung zur Information der Ratsmitglieder ebenfalls aufgeführt.

Herr Klövekorn erläutert, dass die Kitas Marien und St. Christophorus im Haushaltsjahr

2015 einen Überschuss erzielt haben, der aufgrund der Umstellung auf die Doppik erst im Haushaltsjahr 2017 als Einnahme verbucht worden sei und im Haushaltsjahr 2016 nicht berücksichtigt wurde.

Der Ausschuss nimmt das Ergebnis der Haushaltsabschlüsse 2016 zustimmend zur Kenntnis.

4. Flexibilisierung des Schuleintritts Vorlage: 1379/2018

Herr Klövekorn verweist auf die Vorlage und berichtet, dass das Nds. Schulgesetz im Februar geändert worden sei. Aufgrund dieser Änderung haben die in der Zeit vom 01.07. bis zum 30.09.2012 geborenen Kinder die Möglichkeit durch schriftliche Erklärung der Erziehungsberechtigten gegenüber der Schule den Schulbeginn um ein Jahr hinaus zu schieben.

In der Samtgemeinde können insgesamt 104 Kinder diese Regelung nutzen. Nach Auskunft der Kita-Leitungen haben insgesamt 24 Kinder von dieser Regelung Gebrauch gemacht.

Die Erklärung der Eltern sei vor Beginn des Schuljahres bis zum Stichtag 01.Mai abzugeben. Für die Platzvergaben in den Kitas habe dieser Stichtag zur Folge, dass die Zusage für die Kita-Plätze nicht vor dem 01. Mai herausgegeben werden könne, weil die Anzahl der Schulanfänger nicht feststehe.

Nach Information des Nds. Städtetages sei davon auszugehen, dass dieser Stichtag trotz Drängen der Kommunen nicht mehr verändert werde.

Bei einem Austauschtreffen der Kommunen im Landkreis Osnabrück wurde von einer Gemeinde vorgetragen, dass dort ein Informationsschreiben zum Schulbeginn an die Eltern zusammen mit einer Abfrage zum geplanten Schulbeginn herausgegeben werden solle.

Herr Klövekorn liest das Schreiben und die darin enthaltenen Fragen vor. Es handelt sich dabei um die folgenden Fragen:

- Unser Kind wird auch bei Inkrafttreten des Gesetzes zum Schuljahr 2018 eingeschult, der Kindergartenplatz kann vergeben werden.
- Wir werden von der Möglichkeit der Rückstellung Gebrauch machen und würden unser Kind ein weiteres Jahr im Kindergarten betreuen lassen. Einen entsprechenden Nachtragsvertrag zum Betreuungsvertrag für ein Jahr werden wir unterzeichnen.
- Wir möchten uns noch nicht entscheiden. (In diesem Fall können wir Ihnen jedoch keinen Betreuungsplatz für das kommende Jahr freihalten.)

Die Eltern sollen in diesem Schreiben verbindlich zu einem bestimmten Datum mitteilen, ob sie planen, ihr Kind vom Schulbesuch zurück zu stellen und werden gleichzeitig auf die Folgen einer späteren Entscheidung hingewiesen.

Mit Hilfe dieser Abfrage solle eine frühzeitige Entscheidung der Eltern und somit Planungssicherheit bei der Kita-Platz-Vergabe herbeigeführt werden.

Herr Klövekorn weist darauf hin, dass es immer Rückstellungen gebe. Hier gehe es konkret um die Kinder, die im Zeitraum vom 01.07 bis zum 30.09. das 6. Lebensjahr vollenden würden.

Herr Koop macht darauf aufmerksam, dass es sich bei 24 Kindern um eine ganze Kindergartengruppe handele.

Herr Lemper und Pastor Stolte begrüßen diese Abfrage zur Erlangung von Planungssicherheit.

5. Sprachförderung vor der Einschulung nach § 64 Abs. 3 NSchG **Vorlage: 1380/2018**

Herr Klövekorn berichtet von einer weiteren Änderung des Nds. Schulgesetzes. Danach sollen ab dem 01.08.2018 die Sprachfördermaßnahmen vor der Einschulung in Verantwortung der Tageseinrichtungen durchgeführt werden.

Für diese Regelung sei das KiTaG zu ändern. In dem vorliegenden Gesetzentwurf werde im § 18a KiTaG geregelt, dass das Land den örtlichen Jugendhilfeträgern landesweit einen Gesamtbetrag von 32,5 Mio. € je Kindergartenjahr zur Verfügung stelle.

Nach dem Gesetzesentwurf sind die Fördermittel im Umfang von 85% für Personalkosten und von 15% für Ausbildung/Fortbildung und Qualifizierung zu verwenden.

Die Verteilung der auf die jeweiligen Landkreise und kreisfreien Städte entfallenden Beträge erfolge durch den jeweiligen Landkreis. Der Landkreis Osnabrück werde voraussichtlich ca. 1,2 Mio. € Sprachfördermittel vom Land erhalten und aus Landkreismitteln weitere 0,27 Mio. € Fördermittel für die Sprachförderung im Landkreis Osnabrück hinzufügen. Insgesamt werden somit voraussichtlich rund 1,5 Mio. € für die Sprachförderung im Landkreis den Kita-Trägern für insgesamt 158 Einrichtungen zur Verfügung gestellt. Bei 1.000 Kindern würde dies im Durchschnitt eine Sprachförderung von 30 Minuten je Kind ergeben.

Zurzeit werden vom Landkreis die aktuellen Kinderzahlen im Rahmen einer Abfrage erhoben.

Weitere Informationen zur Sprachförderung seien zurzeit nicht vorhanden. Eine besondere Herausforderung sei das geplante Inkrafttreten der neuen gesetzlichen Regelung zum 01.08.2018.

6. Beitragsfreiheit in den Kindergärten **Vorlage: 1386/2018**

Herr Klövekorn stellt die geplanten Änderungen des KiTaG vor, durch die die Beitragsfreiheit im Kindergarten eingeführt werden solle. Danach soll ab dem 01.08.2018 jedes Kind ab vollendetem dritten Lebensjahr vom Kindergartenbeitrag freigestellt werden. Die Beitragsfreiheit gelte für eine Betreuungszeit von bis zu 8 Stunden täglich. Das habe zur

Folge, dass nicht nur die Kinder in Kindergartengruppen beitragsfrei gestellt werden, sondern auch die Kinder, die nach Vollendung des dritten Lebensjahres noch in der Krippengruppe betreut würden. Anhand von einzelnen Krippengruppen in der Samtgemeinde habe man ermitteln können, dass diese geplante Regelung zu weiteren Beitragsausfällen führen würde, die bei den bisherigen Berechnungen nicht berücksichtigt worden seien. Im Durchschnitt habe sich ergeben, dass sich aufgrund dieser Regelung ein weiterer Beitragsausfall in Höhe von 22 % in den Krippengruppen ergeben würde.

Mit weiteren Auswirkungen der geplanten Beitragsfreiheit im Kindergarten sei für die Kindertagespflege zu rechnen. Hierzu seien vom Land keine Regelungen erfolgt. Wie aus der Presse zu entnehmen sei, würden einige angrenzende Landkreise auf die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Kindertagespflege entsprechend verzichten. Dies werde im Landkreis Osnabrück noch diskutiert und das Ergebnis sei noch offen.

7. Satzung über die Erhebung der Gebühren für die Benutzung der Kindertagesstätten der Samtgemeinde Bersenbrück
Vorlage: 1376/2018

Herr Klövekorn erläutert, dass aufgrund der von der Landesregierung geplanten Einführung der Beitragsfreiheit im Kindergarten für einen Betreuungsumfang von acht Stunden hierzu rechtzeitig die Regelungen in der Kindertagesstätten-Gebührensatzung angepasst werden sollen und erläutert die im Entwurf der Änderungssatzung enthaltenen Regelungen.

Bereits im letzten Jahr sei im Kindergartenbeirat und im Samtgemeinderat beraten worden, dass eine Anpassung der Kita-Gebühren zum Kindergartenjahr 2018/2019 erfolgen solle. In dem jetzt erstellten Entwurf der Änderungssatzung sei eine Gebührenerhöhung, die sich an den Tarifierhöhungen der letzten fünf Jahre orientiere, aufgenommen worden. Diese betragen ohne Berücksichtigung des jetzt aktuellen Tarifabschlusses und der veränderten Eingruppierungsregelungen für die Leitungskräfte 14,35%. Die jetzt vorgeschlagene Gebührenerhöhung betrage ca.

13 %. Daraus errechne sich eine Gebühr in Höhe von 26,00 € je Betreuungsstunde im Monat. Die Betreuungsstunden könnten dann je nach Betreuungsangebot und Bedarf der Eltern gebucht werden. Damit könne das Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sichergestellt werden.

Weitere Änderungen seien bei den Regelungen zur Geschwisterermäßigung vorgesehen. Aufgrund der geplanten Beitragsfreiheit solle zukünftig nicht mehr das beitragsfrei gestellte Kind berücksichtigt werden, so dass die Geschwisterermäßigung nur noch für Kinder im Alter von unter drei Jahren Anwendung finden solle. Dafür sei die vorgesehene Geschwisterermäßigung auf

50 % bzw. 25 % des Grundbeitrags erhöht worden. Vorher betrug diese 75 % bzw. 50 % des Grundbeitrags.

Die Gebühren für die Betreuung im Kindergarten und in der Krippe seien gleich hoch. Mit dieser Gebührenerhöhung erfolge auch eine Annäherung der Kostenbeiträge für die Tagespflege, die durch die Kostenbeitragsatzung des Landkreises festgelegt werde.

Herr Koop erklärt, dass der Wegfall der Gebühr für die Sonderöffnungszeiten und die

jetzt vorgesehene einheitliche Gebühr je Betreuungsstunde eine erhebliche Steigerung bedeute. Er könne jetzt noch keine Aussage für die CDU-Fraktion zur Satzung machen. Herr Pastor Stolte erklärt, dass er die angepassten Gebühren für vertretbar halte. Herr Lemper führt an, dass er die vorgeschlagene Gebührenerhöhung aufgrund der Tarifentwicklungen in den letzten Jahren für nachvollziehbar halte. Dies gelte auch für die Anpassung der Geschwisterermäßigung. Auch Herr Bokel hält die vorgeschlagene Gebührenfestsetzung für vertretbar. Auch er erklärt, dass er nicht für die Fraktion spreche.

Herr Koop teilt mit, dass der Beschlussvorschlag mit der Absichtserklärung, dass zukünftig regelmäßige Gebührenanpassungen entsprechend der Tarifentwicklungen erfolgen sollten, präziser formuliert werden solle. Die Anpassung dürfe nicht automatisch, sondern nur auf Grundlage eines entsprechenden Ratsbeschlusses erfolgen. Insbesondere das Wort „Dynamisierung“ erwecke diesen Eindruck. Es solle hierfür eine andere Formulierung aufgenommen werden.

Von den Anwesenden wird der folgende Beschlussvorschlag gemacht:

Es ist beabsichtigt, entsprechend den tariflichen Entwicklungen in regelmäßigen Abständen eine Anpassung der Kita-Gebühren vorzunehmen. Die dadurch erforderlichen Änderungen der Kindertagesstätten-Gebührensatzung sollen zeitnah aufgenommen und beschlossen werden.

8. Satzung der Samtgemeinde Bersenbrück für die Benutzung der Tageseinrichtungen für Kinder **Vorlage: 1382/2018**

Frau Röben-Guhr stellt die Änderungen der Benutzungssatzung für die Tageseinrichtungen der Samtgemeinde Bersenbrück vor. Die Benutzungssatzung sei aus dem Jahr 2009, so dass einige Anpassungen vorzunehmen seien. Aufgrund der jetzt vorgesehenen Änderungen des KiTaG seien weitere Änderungen erforderlich.

Die geplanten Änderungen der Benutzungssatzung für die Tageseinrichtungen der Samtgemeinde Bersenbrück sei auch bereit in der am 07.05.2018 stattgefundenen Kita-Leitungsbesprechung vorgestellt worden. Daraufhin seien bereits von den Kita-Leitungen eingebrachte Änderungswünsche berücksichtigt worden. Diese seien noch nicht im mit der Einladung versandten Entwurf enthalten. Auszüge der Benutzungssatzung mit diesen weiteren Änderungen seien deshalb als Tischvorlage verteilt worden.

Von den Kita-Leitungen sei vorgebracht worden, die im § 2 Abs. 3 angegebene Reihenfolge der Kriterien zu verändern. Das Kriterium der „Ortsnähe“ solle an die 6.Stelle verschoben werden, dafür solle das Kriterium der „Geschwisterkinder, die zeitgleich betreut werden müssen“ an 3. Stelle gesetzt werden. Es sei wichtig, dass Kinder nicht in verschiedenen Kitas betreut würden und somit die Eltern durch das Anfahren von verschiedenen Kitas zusätzlich belastet werden.

Weiterhin solle im § 9 der Benutzungssatzung die Kündigungsregelung, die bereits in der Benutzungssatzung aus dem Jahr 2009 Gegenstand war, wieder aufgenommen werden. Die Kündigung im laufenden Kindergartenjahr zum Ende des Kalenderjahres

und zum Ende des Kindergartenjahres habe sich nach Aussage der Kita-Leitungen bewährt, um unterjährige An- und Abmeldungen der Kinder zu verhindern.

Weitere Änderungen von Textstellen werden von den Mitgliedern des Kindergartenbeirates angeregt.

Im § 5 Abs. 2 sollte das Wort „sofort“ durch das Wort „unverzüglich“ ersetzt werden.

In § 7 Abs. 1 Buchstabe d) sollte das Wort „wiederholt“ gegen das Wort „mehrfach“ ersetzt werden.

Herr Pastor Stolte regt zur Klarstellung an, in der Überschrift der Satzung das Wort „kommunale“ zu ergänzen. Die Überschrift sollte lauten „Satzung der Samtgemeinde Bersenbrück für die Benutzung der kommunalen Tageseinrichtungen für Kinder“. Damit könnten Missverständnisse verhindert werden, da die Satzung nur für die kommunalen Einrichtungen gelte.

9. Anträge und Anfragen

Zur aktuellen Situation in den Kindertagesstätten der Samtgemeinde berichtet Herr Klövekorn, dass es zum 01.11.2017 in der Samtgemeinde Bersenbrück 1.182 Kindertagesstättenplätze einschließlich Krippenplätze, davon 71 Integrationsplätze gab. Diese Plätze verteilten sich auf insgesamt 60 Gruppen.

Zusätzlich dazu seien die folgenden Veränderungen auf dem Weg gebracht worden:

- Ab dem 01.01.2018 in Alfhausen in der neuen kommunalen Einrichtung Kita Johanna eine Krippe mit 15 Plätzen
- Zum 01.08.2018 werde dort eine weitere Kleingruppe mit 10 Plätzen eingerichtet, für die bei Bedarf eine Erweiterungsmöglichkeit auf 25 Plätze bestehe.

- Zum 01.08.2018 solle in Ankum die neue Kindertagesstätte „Im Dorfe“ mit insgesamt 108 Plätzen eröffnet werden. Diese Plätze werden sich auf 2 Regelgruppen mit je 25 Kindern, eine I-Gruppe mit 18 Kindern, 2 Krippengruppen mit je 15 Kindern und eine Kleingruppe mit 10 Kindern, für die eine Erweiterungsmöglichkeit bestehe, verteilen. Am 12.04. und am 19.04.2018 habe es hierzu Eltern-Informationsabende gegeben.

- Die Kleingruppe in der Kita „Am Kattenboll“ werde aufgehoben.

- Zum 01.08.2018 seien in Bersenbrück die folgenden Veränderungen vorgesehen:

Die Kita „Zur Freude“ solle den Neubau/Ersatzbau beziehen.

In der Kita Astrid-Lindgren solle eine neue Krippengruppe fertig gestellt werden. Die alte Krippengruppe werde als Regelgruppe mit 25 Kindern neu eingerichtet.

- In Eggermühlen / Kettenkamp werde die zum Kindergartenjahr 2017/2018 eingerichtete Regelgruppe nach Rückkehr der Ankumer Kinder als altersübergreifende Gruppe mit 25 Plätzen weitergeführt.

- In Gehrde sei zum Kindergartenjahr 2017/2018 eine Übergangsguppe mit 15 Plätzen eingerichtet worden. Der Umbau der zweiten Krippengruppe solle zum 01.08.2018 fertig gestellt werden.

- In den Kitas Lindenallee und St. Katharina in Rieste seien keine Gruppenveränderungen geplant. Durch die baulichen Maßnahmen in der Kita St. Katharina solle diese den bestehenden Standards der Kitas in der Samtgemeinde angepasst werden.

Dies ergebe zum 01.08.2018 in der Samtgemeinde Bersenbrück insgesamt 1.265 Plätze, womit es in der Samtgemeinde die meisten Kindertagesstättenplätze im Vergleich zu den anderen Nordkreisgemeinden gebe.

Herr Klövekorn bedankt sich bei den Anwesenden und beendet die Sitzung um 17.00 Uhr.

Heinz Klövekorn
(Fachdienstleiter I)

Dr. H. Baier
(Samtgemeindebürgermeister)

Dagmar Röben-Guhr
(Protokollführerin)

Samtgemeindebürgermeister

Protokollführer